

Bericht über die Ereignisse in POLEN

Januar 1960

A. <u>Innere Entwicklung</u>	Seite: 1
I. <u>Politische Ereignisse</u>	1
1) OCHABs Position erheblich verstärkt	1
2) Aktivierung der Parteimitglieder	2
II. <u>Wirtschaft</u>	6

J A N U A R - D E Z E M B E R 1960

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

# Bericht über die Ereignisse in POLEN

Januar 1960

<b>A. <u>Innere Entwicklung</u></b>	<b>Seite: 1</b>
<b>I. <u>Politische Ereignisse</u></b>	<b>1</b>
1) OCHABs Position erheblich verstärkt	1
2) Aktivierung der Parteimitglieder	2
<b>II. <u>Wirtschaft</u></b>	<b>6</b>
1) ZK berät über technischen Fortschritt	6
2) Mehr Befugnisse für die Planungskommission	9
3) Erntebilanz der polnischen Landwirtschaft	9
4) Mehr Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft	10
5) Ungenügende Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft	11
6) Ist Polen reich oder arm an Bodenschätzen?	11
7) Tempo der Elektrifizierung zu langsam	12
8) Polen investiert viel in die Westgebiete	13
<b>III. <u>Soziale Probleme</u></b>	<b>15</b>
1) Konflikt mit der Kirche wegen der Geburtenkontrolle	15
<b>B. <u>Polen und Ausland</u></b>	<b>18</b>
1) Neonazistische Gefahr	18
2) Auschwitz	20

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

## A. Innere Entwicklung

### I. Politische Ereignisse

#### 1) OCHABs Position erheblich verstärkt

Das IV. Plenum des ZK der PZPR bestätigte in der zweiten Januarhälfte 1960 Edward OCHAB als Sekretär des ZK. OCHAB übernahm zunächst nach seiner Berufung im Oktober 1959 die frühere Funktion MORAWSKIs im ZK-Sekretariat, d.h. den kulturellen Sektor, dazu Fragen der Presse, des Rundfunks und der Propaganda. Indes wurde der Machtbereich OCHABs inzwischen noch verbreitert. Zusätzlich ist er auch für sämtliche Fragen der Landwirtschaft verantwortlich.

Dies wurde offiziell bestätigt, als am 4. Januar alle Leiter der landwirtschaftlichen Ausschüsse der Parteikomitees aus ganz Polen in Warschau zu einer Arbeitstagung unter der Leitung von OCHAB zusammenkamen. Mit anderen Worten: OCHAB behält die Oberaufsicht über alle landwirtschaftlichen Fragen und der jetzige Landwirtschaftsminister JAGIELSKI ist ihm unterstellt. OCHAB vereinigt also in seiner Hand einen Machtbereich, der normalerweise von zwei ZK-Sekretären verwaltet würde. Außer der kurzen Zeit, als er I. Parteisekretär war, (März bis Oktober 1956), hat OCHAB noch nie solche Machtfülle besessen wie heute. Mit GOMULKA und CYRANKIEWICZ gehört er zu den mächtigsten Männern in Polen.

Zum ersten Mal hat man nach dem letzten ZK-Plenum offiziell etwas über MORAWSKI erfahren, der im Oktober 1959 seine Ämter im Politbüro und ZK-Sekretariat verloren hatte. Er erhielt einen zweitrangigen Posten als stellvertretender Vorsitzender der Kontrollkammer. Noch immer sind die wahren Gründe seines Sturzes nicht veröffentlicht.

Zum neuen ZK-Sekretär wurde weiter Ryszard STRZELECKI, der bisherige Verkehrsminister, gewählt. Seit 1947 arbeitet er auf diesem Gebiet, zuerst als stellvertretender Minister, dann als Leiter des Ressorts. Er ist, ähnlich wie die im Oktober nominierten neuen Regierungsmitglieder: TOKARSKI, SZYR und GEDE, ein Mann der "harten" Hand und tendierte während des Oktobers 1956 zu der Stalinistengruppe, ohne sich allerdings offen gegen GOMULKA zu engagieren. Er wird also die Zahl der "starken Männer" vergrößern, die GOMULKA seit dem letzten Oktober in die Regierung und Parteispitze berufen hat, damit sie mit dem wirtschaftlichen Chaos fertig werden. Alle diese Männer genossen den Ruf guter Organisatoren und Fachleute, die nicht zu neuen Würden berufen wurden, um die politische Linie der Partei mitzubestimmen, sondern einfach, um in der Wirtschaft "die Ordnung wieder herzustellen".

Die gleiche Bedeutung kommt der dritten personellen Veränderung zu, die vom letzten Plenum unternommen wurde. Der bisherige ZK-Kandidat Mieczyslaw MARZEC wurde zum Vollmitglied kooptiert. MARZEC arbeitet seit Jahren im Apparat des ZK als Leiter der Abteilung für Leichtindustrie und später als stellvertretender Leiter der Abteilung für Schwerindustrie.

Seit längerer Zeit liefen Gerüchte um, daß OCHAB nicht das Vertrauen CHRUSCHTSCHOWS besitze und darauf spitzten sich die Spekulationen über seine geschwächte Situation. Es scheint, dass GOMULKA diesen Gerüchten entgegen wirken wollte, als er OCHAB beauftragte, im Namen der Partei die Delegationen zu empfangen, die aus Anlaß des Kongresses der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft aus allen Ostblockländern nach Warschau geschickt wurden. Unter ihnen befand sich auch die Delegation der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit Polen.

Überhaupt entfaltete OCHAB im letzten Monat eine vielseitige Tätigkeit. Er vertrat die Parteispitze beim Kongreß für die Gesellschaft der Westgebiete, wo er auch ein Referat hielt. Im Namen GOMULKAS sprach er vor der Parteikonferenz der Wojewodschaft Warschau, usw. Man hat den Eindruck, daß GOMULKA OCHAB den inoffiziellen Rang seines Vertreters in der Parteileitung verliehen hat und dies vor der Öffentlichkeit demonstrativ zur Schau stellt.

## 2) Aktivierung der Parteimitglieder

Roman ZAMBROWSKI, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, zählt zu den einflußreichsten Parteifunktionären. Er ist Spezialist für Fragen der Parteideologie. Sein eigentlicher Machtbereich ist der Parteiapparat. Er erteilte einem Vertreter der Arbeiter Presseagentur (AR) ein längeres Interview und nahm darin Stellung zu verschiedenen aktuellen Parteiproblemen.

Das vergangene Jahr brachte danach eine beträchtlich gesteigerte Zahl an Parteikandidaten. 86.000 Männer und Frauen haben sich entschlossen, in die Partei einzutreten. 1958 waren es 23.000, 1957 sogar nur 9.500. Während also nach dem Oktober 1956 die Partei fast jede Anziehungskraft verloren hatte, ist das Bild zwei Jahre später verändert. Eine zweite Tatsache wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Unter den Kandidaten, die 1959 in die Partei eingetreten sind, befinden sich über 50 % Arbeiter. Seit Jahren schon spricht man in Polen davon, daß die PZPR zu einer Bürokraten-Partei werde. Die Zahl der

Arbeiter unter den Mitgliedern befindet sich stets im Sinken. Obwohl man unzählige Male beschloß, dagegen zu kämpfen, hat sich die Struktur der Partei immer zu Ungunsten der Arbeiterschaft verschoben. Erst das letzte Jahr brachte hier eine Veränderung, die sich aber bei der Gesamtzahl der Mitglieder (etwas über 1 Mill.) nicht auswirken kann.

Die Schicht der "geistigen Arbeiter", zu der in Polen alle diejenigen Beschäftigten gezählt werden, die nicht zur Arbeiterschaft oder den Bauern gehören, die also keine manuelle Arbeit verrichten, ist unter den Parteikandidaten des Jahres 1959 mit 34 % vertreten. Es wäre natürlich übertrieben, alle diese Leute kurzweg als Bürokraten zu bezeichnen. Neben den Verwaltungsfunktionären gehören hierher Ingenieure, Lehrer, Diplomlandwirte, Vertreter der freien Berufe usw.

Den 86.000 Neuaufnahmen stehen im gleichen Zeitraum 87.000 Abgänge gegenüber, die sich aus Sterbefällen, Ausschlüssen und Streichung aus den Mitgliederlisten ergeben. Die Mehrzahl der Abgänge vollzog sich in der zweiten Jahreshälfte 1959 (III. Quartal = 25.000, IV. Quartal = 30.000). In dieser Zeit hat man die sog. Aktion des Umtausches von Parteiausweisen vorbereitet bzw. durchgeführt. Diese Aktion verband man mit einer Säuberung, die sich besonders gegen passive Mitglieder richteten, die nur noch nominell der Partei angehört haben.

1957 und 1958 führte man unter der Bezeichnung einer "Verifikation" (Mitgliederüberprüfung) eine viel umfangreichere Säuberung der Partei von unerwünschten und passiven Elementen durch. Die Zahl der ausgeschiedenen betrug 1957 = 121.000 und 1958 lag sie noch höher.

Wenn man die Zahl der Parteiausschlüsse vor GOMULKAs Wiederkehr in die Parteileitung mit diesen Zahlen vergleicht (1955 = 55.000, 1956 = 48.000), so muß man feststellen, daß innerhalb der letzten drei Jahre die Zahl der Parteiausschlüsse weit höher lag als früher. Zu Zeiten GOMULKAs verließen über 300.000 Mitglieder die Partei. Die Mitgliederzahl verringerte sich von etwa 1,3 Mill. auf ca. 1 Million. Im letzten Jahr blieb die Gesamtstärke der Mitgliederzahl ungefähr konstant, da fast ebensoviele austraten wie eintraten. Aber ZAMBROWSKI macht dazu die Feststellung, daß sich die Qualität der Mitglieder verbessert hat. Heute stellt man an die Mitglieder erhöhte politische und ideologische Anforderungen, die Aktivität der Mehrzahl der Mitglieder ist erheblich gestiegen.

Auf eine Tatsache weist ZAMBROWSKI besonders stolz hin: ca. 34 % der 1959 neu aufgenommenen Parteikandidaten sind junge Leute unter 25 Jahren. ZAMBROWSKI deutet das als Ausdruck "eines positiven Prozesses, der unter der jüngeren Generation vorgeht".

ZAMBROWSKI glaubt, daß die jetzt heranreifenden Jahrgänge sich doch von denen vor 3-4 Jahren unterscheiden. Die heutige Jugend, meint er, besitzt einen gesunden Kritizismus, verbunden mit mehr Gefühl für soziale Verantwortung und dem Bedürfnis, sich am politischen Geschehen und an den politischen Organisationen zu beteiligen. Vor allem tritt das im Milieu der Arbeiterjugend hervor. Die Schul- und Hochschuljugend, besonders in kleineren Hochschulzentren, ist politisch auch aktiver geworden. Diese Feststellung bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Studentenschaft Warsch. Ls und Krakaus (und eventuell auch nicht auf Posen und Breslau, die nächstgrößten akademischen Zentren. Bei der Beurteilung der Arbeit der beiden Jugendorganisationen (Verband der Sozialistischen Jugend und Verband der Dorfjugend) äußerte sich ZAMBROWSKI betont optimistisch.

Es ist - nach Meinung ZAMBROWSKIs - bedauernswert, daß man den Begriff des Parteiaktiven eigentlich auf die Parteifunktionäre und solche Parteimitglieder eingeengt hat, die in der Wirtschafts- und allgemeinen Verwaltung wichtige Funktionen ausüben. In den Produktionsbetrieben werden also zum Parteiaktiv Direktoren, Produktionsleiter, Meister und selten noch Vorarbeiter herangezogen. Man vergißt aber die Arbeiter, die keine Funktionen haben, dafür aber direkt an der Werkbank stehen. Dadurch wird der Kontakt der Parteiaktivisten nicht hergestellt, und die Möglichkeiten der Beeinflussung der Arbeitermassen gemindert.

Wenn man also bei dem Begriff "Parteiaktiv" allzuleicht den einfachen Arbeiter vergißt, so fällt man in manchen Fällen in ein anderes Extrem und brüskiert die Parteimitglieder mit Hochschulbildung. ZAMBROWSKI stellt fest, daß die PZPR zwar eine Arbeiterpartei sei, was aber nicht bedeutet, daß die Vertreter der Intelligenz (vorallem der technischen Intelligenz) dem Mißtrauen ausgesetzt werden.

"Es kommt vor - glücklicherweise nicht allzu oft - daß manche Genossen eine sektiererische Einstellung besonders zu den jungen Ingenieurskadern zu Vorschein bringen. Wir schätzen aber sehr, daß jeder 5. Diplomingenieur und Lehrer, und jeder 3. Techniker der Partei angehören."

Als Zentralaufgabe für die gesamte Parteiorganisation und das Parteiaktiv den Produktionsbetrieben bezeichnete ZAMBROWSKI die Verwirklichung der Beschlüsse des III. ZK-Plenums über die Ordnung der Nationalwirtschaft, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Lohndisziplin, der Neufestsetzung der Arbeitsnormen usw.

Das vornehmste Ziel der Parteiorganisation auf dem Lande sei die Stärkung des landwirtschaftlichen Zirkel. Sehr bezeichnend waren die Worte ZAMBROWSKIs, daß man früher in den landwirtschaftlichen Zirkeln die Organisation sah, die die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ersetzen sollten. Heute hat sich das in sofern geändert, daß man darin eine Voraussetzung zu späteren kollektiven Wirtschaftsformen auf dem Lande sieht.

Viele Feststellungen ZAMBROWSKIs muß man sehr skeptisch betrachten. Das bezieht sich besonders auf seine optimistische Einschätzung des Wertes der Mitglieder und der Situation der Jugend. Es lassen sich aber andererseits gewisse Tatsachen nicht übersehen, die einen Teil seiner Ausführungen als durchaus glaubhaft erscheinen lassen.

Im Oktober 1956 stand die Parteiorganisation am Rande einer Katastrophe. Die panische Stimmung, gepaart mit Auflösungserscheinungen, trat offen zu Tage. Die Partei war in mehrere Fraktionen zerrissen, die sich bitter bekämpften. Heute, nach über drei Jahren, gehört das alles der Vergangenheit an. Die Partei hat ihr Selbstbewußtsein wiedergewonnen, die Fraktionstätigkeit ist weitgehendst beseitigt worden, die organisatorische Stabilität und ideologische Einheit ist - im großen und ganzen - wiederhergestellt worden. Diese Erfolge GOMULKAs sind allerdings teuer erkauft worden: Mit dem Verzicht auf eine wirkliche Erneuerung der Partei und des polnischen Kommunismus, und diese Tendenzen haben sich vor und während des Oktobers 1956 deutlich abgezeichnet.

Die Kommunisten sind in Polen als regierende Partei wieder eine Art Interessengemeinschaft geworden. In einer solchen Gemeinschaft werden sich immer genug Opportunisten finden, die sich gern einer Disziplin unterziehen, weil sie sich davon Profite versprechen. Das läßt sich gewiß auch von einer Anzahl junger Menschen sagen. Bei der Jugendfrage wird auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß die Generation der Desillusionierten ehemaligen jungen Stalinisten langsam zu den mittleren Jahrgängen gezählt werden muß, und die heranreifende Jugend diese ganze Problematik und damit verbundene Enttäuschung nicht miterlebte. Daß die Parteiorganisation wieder "stramm" geworden ist,

daß die Parteimitglieder wieder ihr Selbstbewußtsein wiedererrungen haben, das alles ändert nichts an der Tatsache, daß das Prestige der Partei unter den Bevölkerungsmassen gering bleibt.

## II. Wirtschaft

### 1) ZK berät über technischen Fortschritt

Vom 20. bis 23. Januar fand in Warschau die IV. Plenarsitzung des ZK der PZPR statt. Sie war vor allem den Fragen des technischen Fortschritts gewidmet und unterschied sich in vielen von allen bisherigen Tagungen des ZK. Das Hauptreferat wurde nicht während der Plenarsitzung verlesen, sondern schon vorher gedruckt und verteilt. Außer den ZK-Mitgliedern und Kandidaten nahmen an der Sitzung auch eingeladene Gäste teil: Fachleute auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Volkswirtschaft, darunter solche aus parteilosen Kreisen. Sie beteiligten sich auch an der Diskussion.

Der Titel des vorgelegten Referates lautete: "Aufgabe der Partei und des Volksstaates auf dem Gebiet des technischen Fortschrittes". Die Diskussion wurde vom Leiter der Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, eingeleitet.

Die wirtschaftliche Lage Polens bereitet der Parteileitung ernste Sorgen. Dies geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß fast alle Plenarsitzungen des ZK nach dem III. Parteitag ausschliesslich den wirtschaftlichen Fragen gewidmet waren. Der III. Parteitag fand im März 1959 statt. Unmittelbar danach trat, wie das zu den Traditionen der kommunistischen Parteien des Ostblocks gehört, das I. Plenum des ZK zusammen, dessen einzige Aufgabe die Wahl der obersten Parteibehörden (Politbüro usw.) war. Im Juni 1959 wurde die II. Plenarsitzung des ZK dem Problem der Landwirtschaft gewidmet. Die III. Plenarsitzung im Oktober 1959 beriet über die Schwierigkeiten bei der Fleischversorgung und der daraus resultierenden Lage.

Polen erzielte vor allem auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung in den letzten 15 Jahren beachtliche Erfolge. Im Vergleich zur Vorkriegszeit wuchs die Produktion der Maschinen- und elektrotechnischen Industrien um das Zwanzigfache. Der Anteil der Maschinenindustrie an der gesamten Industrieproduktion betrug 1937 = 7%, 1959 = 20,6 %. Über 80 % der Erfordernisse der



polnischen Industrie an Maschinen, Transportmitteln, industriellen Einrichtungen usw. wird jetzt aus einheimischen Quellen gedeckt (1949 waren es nur 54 %). Der Anteil der Maschinen am Gesamtexport Polens betrug vor 10 Jahren nur 2,4 %, heute 26,5%.

Einen ähnlichen, wenn auch nicht so schnellen Fortschritt erreichte man in anderen Industriebranchen. Aber diese Erfolge hatten und haben noch viele Schattenseiten. Sie wurden durch eine unverhältnismässig hohe Steigerung der Beschäftigtenzahl in der Industrie erreicht. Die Arbeitsproduktivität in den Produktionsbetrieben ist niedrig. Die technische Ausrüstung der meisten Werke entspricht nicht den modernen Erfordernissen; die Produktionskosten sind dementsprechend hoch. Am besten läßt sich dieser Zustand durch folgendes Beispiel illustrieren: In einer Vorstadt Warschaus gibt es einen Anfang der fünfziger Jahre errichtete Autofabrik, die in diesem Jahr 25.000 PKW's produzieren wird. Die Herstellung eines Autos soll nach Planungsrichtlinien 240 Stunden in Anspruch nehmen. In Wirklichkeit brauchte man im letzten Jahr 30 Stunden länger = 270 Arbeitsstunden. In der französischen Autofabrik Renault benötigt man 60 Stunden, um einen PKW zu produzieren. Auch wenn man berücksichtigt, daß das französische Werk ein Riese im Vergleich zur Warschauer Autofabrik ist, ist dieser Unterschied untragbar. Dabei soll es in anderen Fabriken der Auto- und Motorradbranche in Polen noch schlechter stehen.

Der erste Diskussionsredner war ein Parteiloser, Wojciech SWIETOSLAWSKI, seit 1919 Professor der Warschauer Universität und Volksbildungsminister in der Vorkriegsregierung (1935-1939). Seine schonungslose realistische Einschätzung der jetzigen technischen Kader könnte man fast als pessimistisch bezeichnen. Die historische Entwicklung der letzten 150 Jahre förderte nicht gerade eine Heranbildung technischer Kader von höchster Qualität, meinte der greise polnische Wissenschaftler. Er war aber objektiv genug, nicht alles durch die Widrigkeiten des Schicksals zu entschuldigen. Er illustrierte diese Ansicht mit einem Beispiel: Um eine Weltraumrakete zu konstruieren und abzuschiessen, muß man eine gewaltige Organisation aufbauen. Hunderte oder gar Tausende von Spezialisten müssen exakt die ihnen zugewiesene Aufgabe ausführen. Diese Arbeit eines Kollektivs von Wissenschaftlern und Technikern erfordert eine vollkommene Disziplin des ganzen Unternehmens.

"Nehmen wir nun an", meinte der Professor, "daß wir auch die zu diesem Zwecke erforderlichen qualifizierten wissenschaftlichen und technischen Kräfte besitzen würden. Auch dann würde es bei uns undenkbar sein, daß alle Anordnungen und Hinweise des obersten Leiters von anderen so präzise

ausgeführt würden, wie das die Aufgabe erfordert. Der Mangel an Verantwortunglichkeit, Unsolidarität, "Mißachtung der Anordnungen - das alles führt zur Pfluscheri, und das finden wir auf Schritt und Tritt in fast jeder Produktionsstellung."

Diese Einschätzung entspricht genau der augenblicklichen Lage in Polen. Nur zum Teil resultiert sie aus den Eigenschaften des polnischen Nationalcharakters, in dem individualistische Züge nicht immer mit den Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens harmonieren. Zum anderen - und noch wesentlicheren Teil - sind die jetzigen Zustände durch die kommunistische Mißwirtschaft und die Auflehnung der Menschen gegen die Machthaber zu erklären.

Der polnische Chefplaner JEDRYCHOWSKI wies darauf hin, wie sehr sich die Erhöhung des Lebensstandards mit dem technischen Fortschritt in der Wirtschaft verzahnt. Für die polnischen Kommunisten ist jedoch die Frage des technischen Fortschritts nicht nur die Frage des Wohlstandes:

"Unser Land nimmt gemäß seiner Möglichkeiten und Erfordernisse teil an dem großen Werk des friedlichen Wettbewerbs um die Entwicklung der Produktionskräfte, um eine bessere Befriedigung der werktätigen Massen. Wie groß unser Anteil sein wird, darüber wird das Tempo unserer Entwicklung entscheiden. Und dieses Tempo wird sehr stark davon abhängen, ob wir den technischen Fortschritt bei uns verwenden."

Die Heranbildung wertvoller technischer Fachkräfte für Industrie und alle Branchen der Nationalwirtschaft erfordert eine entsprechende Einstellung des ganzen Schulwesens in dieser Richtung. JEDRYCHOWSKI meinte, daß in Polen die Tradition der humanistischen Schule sehr stark ist und dadurch das Verstehen der Technik und die Vorliebe zur Technik gehemmt wird. Beginnt man aber mit der Technisierung des Lebens, der Kultur und der Wissenschaft schon erheben sich hier und da Proteste, die auf die angebliche Gefahr einer solchen Entwicklung und auf die Möglichkeit einer Zerstörung humanistischer Werte der Kultur hinweisen.

Die Kommunisten, so fuhr JEDRYCHOWSKI fort, seien keine Technokraten. Die Technik soll dem Menschen dienen und ein Werkzeug seiner Hand sein. Darum ist die Technisierung des polnischen Lebens sowie die Polytechnisierung des Schulwesens eine Notwendigkeit,

Damit griff JEDRYCHOWSKI den im Oktober 1959 abgesetzten Volksbildungsminister Wladyslaw BIENKOWSKI an, der noch vor einem halben Jahr als amtierender Minister eindeutig die Polytechnisierung des Schulwesens abgelehnt hatte. Der Beschluß des IV. Plenums stellt detaillierte Richtlinien eines Programms für den technischen Fortschritt auf. In seinem Schlußwort betonte der Parteichef GOMULKA sehr eindringlich die Bedeutung, die man diesem Problem in Polen beimißt:

"Unser Land und unser Volk können an der sich in der Welt abspielenden Umgestaltung teilnehmen, können ihre Zukunft selbst formen, aber nur unter der Bedingung, daß wir schnell und ständig den technischen Fortschritt in der Wirtschaft forcieren."

### 2) Mehr Befugnisse für die Planungskommission

Die polnische Presse veröffentlichte am 5. Januar eine Information der Arbeiterpresseagentur (AR) über die bevorstehende Erweiterung der Befugnisse der staatlichen Planungskommission. Diese gehen in der Hauptsache auf eine bessere Koordinierung der sog. zentralen und örtlichen Planungsfunktionen hinaus. Neben der Grundindustrie, die den einzelnen Ministerien unterstehen, gibt es noch eine Anzahl von kleineren Produktionsbetrieben, die den örtlichen Nationalräten untergeordnet sind. Die Koordinierung der Arbeit dieser beiden Industriezweige verlief bisher nicht zufriedenstellend. Die Planungskommission wird sich in Zukunft stärker als bisher an der Ausarbeitung der Richtlinien für diese örtlichen Industrien beteiligen. Das wird zweifelsohne zu einer Einschränkung der Befugnisse der örtlichen Wirtschaftsverwaltungen führen, die erst nach dem Oktober 1956 erweitert wurden. Die Tendenz einer Zentralisierung der Planung und der Verwaltung der Industrie tritt aus diesen Angaben klar hervor. Gleichzeitig betont man aber, daß das Prinzip der Dezentralisierung bestehen bleibt.

### 3) Erntebilanz der polnischen Landwirtschaft

Obwohl das vergangene Jahr keineswegs günstig für die Landwirtschaft war, erzielte man in Polen unerwartet - beachtliche Erfolge auf dem Gebiet der pflanzlichen Produktion. Die durchschnittlichen Hektarerträge für die vier Getreidesorten wuchsen im Vergleich zu 1958 von 14,8 dz auf 15,7 dz. Obwohl die Anbaufläche von Getreide im vergangenen Jahr etwas verkleinert wurde (zugunsten der Anlage technischer Kulturen), war der Gesamtertrag um 500.000 t höher als 1958. Obwohl das letzte Jahr für den Kartoffelanbau besonders un-

günstig war, erreichte die Landwirtschaft auch hier eine kleine Steigerung der Hektarerträge (von 126 auf 128 dz). Dies brachte 900.000 t Kartoffeln mehr. Bei Raps war eine ungewöhnlich große Steigerung (von 9 auf 14,2 dz) zu verzeichnen. Günstiger waren auch die Erträge bei Tabak und Hopfen. Einen gewissen Rückschlag erlebte man nur bei Zuckerrüben.

Diese relativ guten Ergebnisse der letzten Ernte führt man hauptsächlich auf die Verbesserung der Anbaumethoden durch die Einzelbauern zurück. Diese verwendeten viel mehr qualifiziertes Saatgut als früher, ebenso stieg der Verbrauch an Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln. Die Bauern zeigten auch mehr Interesse an der Verbesserung der Meliorationsanlagen usw. Wenn der Erfolg des letzten Jahres nicht auf Zufallsmomente zurückzuführen ist, so dürfte er als ein Anzeichen dafür bewertet werden, daß man den durch Konservatismus und Rückständigkeit bedingten Widerstand der Bauern gegen die modernen Anbaumethoden überwunden hat. Sollte das der Fall sein, so sind in den nächsten Jahren noch weitere Fortschritte zu erwarten, da die Produktionsmöglichkeiten der polnischen Landwirtschaft noch ausgebaut werden können.

#### 4) Mehr Mittel für die Entwicklung der Landwirtschaft

Auf den landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds, aus dem hauptsächlich die landwirtschaftlichen Zirkel gespeist werden, wurden im vergangenen Jahr 1550 Mill. Zloty überwiesen. Diese Summen stammen aus den Pflichtablieferungen von Getreide und Kartoffeln durch die Einzelbauern. Sie entsprechen der Differenz zwischen den niedrigeren Preisen, die der Staat für Pflichtablieferungen zahlt, und den Freimarktpreisen.

Dabei ist zu betonen, daß die Bauern im vergangenen Jahr ihre Ablieferungspflichten besser erfüllten als 1958. Es wurden beispielsweise 1,15 Millionen to Getreide abgeliefert, d.h. 100.000 to mehr als 1958. Das gleiche gilt für Kartoffeln. Im letzten Herbst wurden 1,8 Millionen to abgeliefert. Trotz dieser Verbesserung sind nicht alle Bauern ihren Pflichten nachgekommen. Ca. 100.000 to Getreide sind noch nicht geliefert worden.

1960 werden die Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft wesentlich höher sein und sollen ca. 4 Milliarden Zloty betragen. Diese Summe wird ermöglicht, weil man neben den Einnahmen aus den Pflichtablieferungen von Getreide und Kartoffeln auch Staatsgewinne aus der Ablieferung von Schlachtvieh beisteuern kann.

Aus der vorjährigen Summe von 1.550 Mill. Zloty bekamen die Zirkel und Produktionsgenossenschaften 1.350 Mill. Zloty. Der Rest wurde verbraucht zum Ausbau von Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen produzieren.

#### 5) Ungenügende Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft

Auf eine Riesensumme von ca. 10 Milliarden Zloty schätzt man die Verluste, die die polnische Landwirtschaft durch Pflanzenschädlinge erleidet. Je nach Verschiedenartigkeit der Landteile vernichten die Schädlinge 15 bis 30 % des Getreides, 18 bis 35 % Kartoffeln, 6 bis 12 % Zuckerrüben, 15 bis 40 % Gemüse und 25 bis 40 % Obst.

Man hat ausgerechnet, daß diese Verluste um 60 bis 70 % höher liegen als in den Ländern mit einer hochentwickelten Landwirtschaft. Die polnischen Agrarfachleute sind der Meinung, daß man mit relativ wenigen Mitteln in kurzer Zeit die Verluste um die Hälfte reduzieren könnte. Das würde eine Steigerung des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion um 5 Milliarden Zloty bedeuten. Dieses ein Beispiel veranschaulicht, welche riesigen Reserven in der polnischen Landwirtschaft noch brach liegen und ausgenützt werden können.

#### 6) Ist Polen reich oder arm an Bodenschätzen?

Seit Jahrzehnten wird darüber gestritten, ob Polen eigentlich zu den an Bodenschätzen reichen oder armen Ländern gehört. Neulich entflammte diese Diskussion in den Spalten der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" (15. Januar). Der Vorsitzende des staatlichen Beirates für den Bergbau, Doktor Ing. KRUPINSKI polemisierte hier gegen Thesen eines führenden polnischen Volkswirtschaftlers, des stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirates beim Präsidium des Ministerrates Czeslaw BOBRZYNSKI, der vor ein paar Wochen folgendes schrieb:

"Wir sind ein von der Natur schlecht ausgestattetes Land mit kargem Boden und sehr bescheidenen mineralischen Bodenschätzen (mit der einzigen Ausnahme von Steinkohle). Seitdem die Hoffnung verschwunden ist, daß der Kohleexport die Schwierigkeiten im Außenhandel beseitigt, haben unsere Wirtschaftsplaner keine ruhigen Nächte...

Nur durch sehr konsequente und auf lange Zeit berechnete Arbeit können wir unseren Export so weit ausbauen, daß er einen den Erfordernissen entsprechenden Import ermöglicht. Diese Erkenntnis ist herangereift. Wir können auch die ersten Erfolge zur Schaffung der festen Grundlage eines Exportes, der nicht auf Rohstoffen basiert, notieren.

Nur mit dem zweiten Teil dieser Behauptung ist der Opponent aus "Trybuna Ludu" einverstanden. Er führt aus, daß über 87 % der Bodenfläche zum landwirtschaftlichen Anbau taugt, wenn auch der Anteil der allerwertvollsten Bodensorten nur knapp 10 % ausmacht.

Zwar fehlen Polen ausreichende Mengen an Erdöl und Eisenerz, die zu den wichtigsten Rohstoffen unseres Zeitalters gehören, aber man könne sich nicht über den Mangel vieler anderer Rohstoffe beklagen.

Kohle wird noch sehr lange Objekt des internationalen Handels sein.

Das gilt besonders für Polen, dessen Kohlenrevier im zentralen Punkt Europas liegt. Diese Kohle kann sehr vielseitig verwertet werden und kann mit jeder anderen Braunkohle konkurrieren. Auch ist die Wirtschaftlichkeit der polnischen Kohleförderung garantiert.

Dank neuester Funde gehört Polen zu den reichsten Ländern der Erde an Schwefel. Das neu entdeckte Kupfererzvorkommen gehört zu den größten Europas. Groß ist auch der Reichtum an Zink.

Polen besitzt eine sehr günstige Basis für Chemie-Industrie und die Verwertung von Steinen und Erden. Niemand könne erwarten, daß ein Land von der Größe Polens an Bodenschätzen autark sein kann. Die vorhandenen Bodenschätze ermöglichen Polen aber die Beschaffung der fehlenden Rohstoffe auf dem Wege des Außenhandels. Polen als Stiefkind der Natur zu bezeichnen, ist nach Ansicht der "Trybuna Ludu" gleichbedeutend mit einer Mißachtung der Tatsachen.

#### 7) Tempo der Elektrifizierung zu langsam

Das Tempo der Industrialisierung Polens wurde seit dem Oktober 1956 stark gedrosselt, weil man die Investitionen beschneiden mußte, um mehr für den Verbrauch der Bevölkerung aus dem Nationaleinkommen abzweigen zu können. Im Laufe der Jahre wurde es immer deutlicher, daß Polen von seinen Ostblocknachbarn überholt wird, weil ihre industrielle Entwicklung schneller ist. Gegen diese Politik haben sich viele kritische Stimmen erhoben, hauptsächlich aus den Kreisen der stalinistischen Opposition gegen GOMULKA und den ihnen geistig verwandten "fortschrittlichen Katholiken" der Pax-Organisation.

GOMULKA konnte seinen Opponenten antworten, daß es unverantwortlich und demagogisch sei, größere Investitionen und eine Beschleunigung der Industrialisierung zu verlangen ohne gleichzeitig zu sagen, aus welchen Mitteln das erfolgen soll. Unter den gegebenen Umständen konnte das nämlich nur auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung erfolgen.

Seit dem Oktober 1959, als GOMULKA die Steuer auf einen schärferen Wirtschaftskurs umschwenkte, hört man solche Stimmen nicht mehr aus den Reihen der Opposition, sondern aus den Kreisen der Regierung.

Den Beginn machte der neue Vizepremier Julian TOKARSKI noch im vergangenen Jahr. Während des letzten Plenums schlossen sich der Forderung nach einer beschleunigten Industrialisierung viele Diskussionsteilnehmer, unter ihnen der Vize-Minister für Bergbau und Energetik - Eugeniusz ZADRZYNSKI, an.

Er wies darauf hin, daß die Energie-Erzeugung in Polen in den letzten 10 Jahren immer nur ca. 10 % der sowjetischen Produktion ausmachte. Er illustrierte das mit folgenden Zahlen:

1950: SU - 90 Milliarden kwh;	Polen - 9,4 Milliarden Kwh
1959: SU - 264 " " "	Polen - 26,3 " "

Aber die Aussichten für Polen sind für die Zukunft weniger günstig. Während die Sowjets für das Jahr 1965 - 500 Milliarden kwh planen, will Polen nur 43,5 Milliarden kwh produzieren (dies ist schon eine erhöhte Zahl. Ursprünglich wollte man nur 43 Milliarden erzeugen). Je weiter man in die Zukunft sieht, desto schlimmer sieht der Vergleich aus. Für 1975 plant die Sowjet-Union die Erzeugung von 1.500 Milliarden kwh - Polen nur 90.

Der Minister empfiehlt, sich alle Konsequenzen, die aus diesem Zahlenverhältnis resultieren, gut zu überlegen.

#### 8) Polen investiert viel in die Westgebiete:

60 Milliarden Zloty investierte Polen in den Westgebieten allein in der Zeit des 6-Jahresplanes 1950/55. Das waren 24,7 % der Gesamtinvestitionen.

Weitere 77 Milliarden Zloty investierte man in den nachfolgenden 5 Jahren (1956/60) in den Westgebieten. Das waren 25 % der Gesamtinvestitionen dieser Zeit. An dieser Summe partizipiert die Industrie mit 37 Milliarden, was 48 % der Gesamtinvestitionen in den Westgebieten ausmacht. Während des 6-Jahresplanes erhielt die Industrie 40 %.

Die Landwirtschaft bekommt dagegen während des laufenden 5-Jahresplanes (1956/60) 15 % weniger als in der vergangenen Periode des 6-Jahresplanes (19%). Einen höheren prozentualen Anteil hat wieder die Kommunal- und Wohnungswirtschaft (Steigerung von 11 % auf 17 %). Obwohl der prozentuale Anteil der Landwirtschaft in der laufenden 5-Jahrplanperiode prozentual kleiner ist, bleibt er, ausgedrückt in absoluten Zahlen, fast unverändert.

Einzelne Wojewodschaften partizipierten an den Gesamtaufwendungen für die Westgebiete während des 6-Jahresplanes folgendermassen:

Breslau - 26 %, Kattowitz (gemeint ist nur der westliche Teil der Wojewodschaft, bestehend aus den Kreisen Beuthen, Gleiwitz usw.) 15 %, Stettin - 13 %, Danzig - 11 %, Oppeln - 10 %, Allenstein - 9 %, Köslin - 7 % und Grünberg - 6,5 %.

Während des Fünfjahrplanes vergrößerte sich der Anteil der Wojewodschaften Oppeln (auf 13,8 %), und Grünberg (auf 8,6 %), wogegen der Anteil aller anderen Wojewodschaften sank. In dem Fünfjahrplan 1961-65 sollen die Disproportionen in der Entwicklung der einzelnen Wojewodschaften der Westgebiete Polens nach Möglichkeit beseitigt werden. Vor allem bezieht sich das auf die nördlichen Wojewodschaften Stettin, Köslin, Allenstein und Grünberg. Die Industrieproduktion der Westgebiete beträgt jetzt 28 % der polnischen Gesamtproduktion. Die Zahl der Bevölkerung dieser Gebiete überschreitet 7,5 Mill.

Die Bevölkerung der Westgebiete nimmt schneller zu als in anderen Teilen Polens. 1960 macht sie 25,2 % der Gesamtbevölkerung aus. 1965 wird sie sich wahrscheinlich auf 26,2 % erhöhen, Polen verzeichnet hier einen viel stärkeren Geburtenüberschuß als in den übrigen Gebieten.

Die nördlichen Wojewodschaften Stettin, Köslin und Allenstein gehören zu den wenig industrialisierten (mit Ausnahme der Umgebung von Stettin). Schon heute befürchtet man in Polen, daß diese Tatsache einen Abfluß der heranwachsenden Jugend aus diesen Gebieten verursachen könnte. Um so mehr will man sich in den kommenden Jahren einer industriellen Entwicklung des Nordteils Polens widmen.



### III. Soziale Probleme

#### 1) Konflikt mit der Kirche wegen der Geburtenkontrolle

Zu den zahlreichen wirtschaftlichen Sorgen Polens gehört die Tatsache, daß dort zu viel Kinder geboren werden. 1953 und 1955 erreichte der Geburtenüberschuß eine Rekordhöhe: 19,5 pro mille. Auch vor dem Kriege gehörte Polen nicht gerade zu den Ländern mit einem niedrigen Geburtenüberschuß, aber die damaligen Zahlen (10,7 pro mille) lagen fast um die Hälfte niedriger im Vergleich zu den Rekordjahren nach dem II. Weltkrieg.

Während des Krieges hat Polen 6 Mill. seiner Staatsbürger verloren, und so hat man die in die Höhe steigenden Geburtenzahlen zunächst mit Freude zur Kenntnis genommen. Die Propaganda der stalinistischen Zeit versuchte, auch daraus ein Zeichen größerer Dynamik der kommunistischen Länder zu machen. Nach dem Oktober 1956 begann man aber, die Tatsachen nüchtern zu betrachten. Etwa seit 1958 erscheinen in den polnischen Zeitungen (allerdings nicht in offiziellen Parteiorganen) immer häufiger Artikel, die auf die Notwendigkeit einer Geburtenkontrolle hinweisen. Es wurden dafür ökonomische und soziale Argumente angeführt, deren Stichhaltigkeit nicht erschüttert werden konnte. Die "bevölkerungspolitische Explosion" erwies sich als ein unüberwindliches Hindernis zur Erhöhung des Lebensstandards.

Zur stalinistischen Zeit war der Verkauf von Schwangerschaftsverhütungsmitteln sehr erschwert, die Schwangerschaftsunterbrechung unter Strafe gestellt. In der letzten Zeit hat man viele entsprechende Vorschriften abgeändert, aufgehoben oder liberalisiert. Die Schwangerschaftsunterbrechung aus wirtschaftlichen, sozialen oder gesundheitlichen Gründen ist jetzt nicht mehr schwer durchführbar. Die Propagandaaktion für die Geburtenkontrolle wurde in der letzten Zeit immer mehr gesteigert. Jetzt schlossen sich ihr auch die Parteiorgane an. Ein bescheidener Erfolg trat ein: Der Geburtenüberschuß erreichte 1959 die seit 1950 niedrigste Höhe: 16,4 pro mille.

Der Propaganda zur Geburtenkontrolle stellt sich die katholische Kirche in Polen entgegen. In diesem neuen Konflikt zwischen Kirche und Staat engagierte sich von katholischer Seite der höchste kirchliche Würdenträger Polens: Kardinal WYSZINSKI. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt in diesem Zusammenhang am 6. Januar:

"Nicht erst seit heute verspüren wir die Schwierigkeiten, deren Ursachen in einer allzu schnellen Zunahme der Bevölkerung liegen. Bisher nahm der Staat fast ausschliesslich die Last des Aufbaus neuer Schulen auf sich. Jetzt aber, in Anbetracht der immer größeren Zahl von Schulkindern, kann man diesem Investitionsaufwand kaum nachkommen. Man mußte an die Opferbereitschaft der Bevölkerung appellieren...

Wir bauen jährlich ca. 340.000 Wohnräume in Städten und auf dem Lande. Aber die Bevölkerungszunahme beträgt jährlich eine halbe Million. Also auf jeden neugebauten Wohnraum fallen 1,4 neue Staatsbürger. Die jetzige Wohndichte beträgt 1,7 Personen je Wohnraum. Also trotz des intensiven Wohnungsbaues verbessert sich die Wohnlage viel langsamer, als wir uns das wünschen...

In den nächsten 15 Jahren wird sich die Zahl der Einwohner im arbeitsfähigen Alter, Menschen, die Anspruch auf Arbeit haben, um fast 4,5 Mill. vergrößern. Man muß für also über 4 Mill. neue Arbeitsplätze schaffen, hauptsächlich in der Industrie, weil die Landwirtschaft nicht viel aufnehmen kann. Wieviel Fabriken müssen dazu gebaut werden?

In dieser Situation fordert der katholische Klerus die Menschen zu einer ungehemmten, spontanen Fortpflanzung auf und das Oberhaupt des polnischen Klerus, Kardinal Wyszinski, ruft bei seiner letzten Predigt aus:

'... wenn wir bloß verstehen würden unser Land unserem Willen zu unterwerfen, so kann man sorglos sagen, nicht 30, sondern 50 oder 60 oder 80 Millionen Menschen können sich hier ernähren... und es scheint mir, daß hier die polnische Staatsraison liegt...'

Kardinal Wyszinski kann leicht mit Zahlen jonglieren und die ungehemmte Fortpflanzung als polnische Staatsraison bezeichnen. Schliesslich wird ja nicht die Kirche die Kinderkrippen, Vorschulen, Schulen, Wohnungen und Fabriken bauen... er kann unseren bis ans äusserste angespannten wirtschaftlichen Plänen den "Minimalismus" vorwerfen...

Kanzel und Beichtstühle verwandeln sich in Tribünen der Propaganda gegen die Geburtenpolitik. Die polnische Konstitution garantiert Gewissensfreiheit, und niemand wird sich in die Frage der Religion einmischen. Es geht den Staat nichts an, was ein Beichtvater einem Beichtkünd in Beichtstuhl in Bezug auf diese oder jene Sache des Ehelebens empfiehlt. Wenn es dabei bliebe, könnten wir nichts dagegen einwenden. Es handelt sich aber darum, daß der Klerus eine organisierte, zentral gelenkte und breit entfaltete

Aktion gegen die Geburtenkontrolle, gegen den Verkauf von Schwangerschaftsverhütungsmitteln und gegen die gesetzlich zugelassenen Fälle der Schwangerschaftsunterbrechung führt. Und er führt sie unter Anwendung von unwürdigen Druckmitteln. Bekannt sind Fälle, daß man die öffentliche Meinung gegen Frauen mobilisierte, die eine Schwangerschaftsunterbrechung vorgenommen haben.

Unser Land wird von so mancher Not geplagt. Es gibt bei uns so viel Demoralisation und Mißbräuche. Man könnte glauben, daß die Kirche ihnen einen kompromißlosen Kampf ansagen wird. Entgegen der Erwartung kann man keine energische Aktion des Klerus auf diesem Gebiete bemerken. Es kommt im Gegenteil vor, daß im Beichtstuhl die Atmosphäre einer beunruhigenden Toleranz gegenüber dem Diebstahl an Gemeineigentum herrscht. Und mit dieser Passivität paart sich eine verbissene, von höchsten kirchlichen Würdenträgern geleitete Aktion gegen die Familienplanung. Eine merkwürdige Erscheinung, die mit den Argumenten des gesunden Verstandes nicht zu erklären ist."

In einer Predigt sprach Kardinal WYSZINSKI davon, daß die gynäkologischen Kliniken in Polen zu Leichenhäusern geworden sind. Die Aufgabe des Arztes sei es, Lebensretter, aber nicht Totengräber und Mörder zu sein. Wie man sieht, wurde also bei dieser Polemik eine kräftige Sprache gesprochen. Indessen scheint es aber nicht, als ob diese Kontroverse die Regierung zu irgendwelchen politischen Maßnahmen gegen die Kirche veranlassen sollte. Weniger denn je kann GOMULKA heute einen politischen Konflikt mit der Kirche gebrauchen.

## B. Polen und das Ausland

### 1) Neonazistische Gefahr

Am 16. Januar 1960, dem 15. Jahrestag der Räumung Krakaus durch die Hitlertruppen, sprach der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ über die Gefahr einer Wiedergeburt des Nazismus in der Bundesrepublik:

"Wir hatten das Recht, von den siegreichen Mächten zu verlangen: Nie wieder! Das sollte die Basis der Politik gegenüber dem geschlagenen Deutschland sein. Es sollte keine Rache sein, sondern lediglich die Sicherung der Menschheit vor einer Wiederholung des hitlerischen Alldruckes.

Und nun heute, nach 15 Jahren, erscheint auf den Häusermauern der westdeutschen Städte erneut das unheilverkündende Zeichen des Hakenkreuzes. Seit mehreren Jahren haben wir voraus gesagt, daß dies die nächste Etappe sein wird. Wir haben unermüdlich davor gewarnt, daß dies die Konsequenz der westdeutschen Politik sein muß. Vom Westen her hat man uns geantwortet, daß wir übertreiben und der Psychose der Vergangenheit unterliegen. Und es war gerade der Westen, der einer Psychose unterlag. Noch schlimmer, sie liessen sich hypnotisieren durch Phrasen und Versprechen aus Bonn.

Heute, nach den Erfahrungen der Jahre 1933-45, das Hakenkreuz und die neonazistische Gefahr zu unterschätzen, wäre Dummheit oder Verbrechen. Es gibt doch in Westdeutschland politische Kräfte, die genau darüber Bescheid wissen, was Hitlerismus ist und wie er beginnt. Es gibt dort eine starke Sozialdemokratische Partei, deren Leiter man es doch nicht klarzumachen braucht.

Und doch war es ein sozialdemokratischer Senator in Westberlin, der, als man ihn fragte, was er mit der Deutschen Reichspartei, die neonazistische Arbeit leistet, zu tun gedenke, antwortete, daß die Tätigkeit dieser Partei wohl rein nazistischer Natur sei, er selbst aber machtlos sei, weil sie unter die Kompetenz des Bundesgerichtes in Karlsruhe falle. Es lohnt sich also daran zu erinnern, wie die sozialdemokratische preußische Regierung 1933 von den Nazis verjagt wurde, und wie sie sich an den Obersten Gerichtshof für Verfassungsfragen der Weimarer Republik gewandt hat. Vielleicht liegt diese Klage bis heute in den Akten, wenn sie nicht durch die Bomben der alliierten Flugzeuge verbrannt... Diejenigen aber, die diese Klage unterschrieben, starben später in den KZ's des Dritten Reiches.

Wir beneiden alle die nicht, die eine solche Prozedur gegenüber den Nazischurken verwenden wollen. Im übrigen wirkt dieser Gerichtshof in der Bundesrepublik, wo diese Exzesse begannen, und wo diese Partei seit Jahren straflos wirkt.

Wir wollen keineswegs die neonazistische Gefahr künstlich vergrößern. Die internationale Lage ist heute vollständig anders als vor 20 Jahren, als die 'Ritter des Hakenkreuzes' sich anschickten, die Welt zu erobern. Wir wissen aber, welche innenpolitischen Konsequenzen für die Bundesrepublik und welche internationalen Konsequenzen eine unbestrafte Verbreitung der nazistischen Pest haben können. Die Herde dieser Pest sind heute leicht zu beseitigen. In Zukunft kann es schwieriger werden, sie zu entdecken und mit normalen Mitteln zu liquidieren.

Es ist eine Tatsache, daß der Hitlerismus in Deutschland entstand und darum ist es die Pflicht der Deutschen, einen Rückfall in diese schreckliche Pest zu verhüten. Diejenigen, die jetzt in Westdeutschland die Macht besitzen, sind vor der ganzen Menschheit für die Ausrottung dieser Pest verantwortlich."

Ein paar Tage später, am 19. Januar 1960, sprach in Lodz der Parteichef GOMULKA. Auch seine Ausführungen waren vorwiegend demselben Fragenkomplex gewidmet. GOMULKA meinte, daß das polnische Volk der Sowjetunion weit mehr als die Befreiung vom nazistischen Joch verdankt.

"Der Hitlerismus wollte nicht nur den polnischen Staat liquidieren, sondern das ganze polnische Volk biologisch vernichten. Den Deutschen genügte es nicht, sich Polen zu unterwerfen und den polnischen Boden zu besetzen. Der polnische Boden sollte den Deutschen gehören und die Polen sollten hier verschwinden. Die sowjetische Armee rettete unser Volk vor der Vernichtung und die anderen Völker vor der Versklavung. Der deutsche Imperialismus war zum Hauptteil mit schuldig für den Ausbruch des ersten Weltkrieges. Der zweite Weltkrieg geht aber gänzlich auf das Schuldkonto Hitlerdeutschlands.

Die westdeutschen Militaristen und Revanchisten, sich selbst überlassen, können für den Frieden der Welt nicht gefährlich sein. Die Gefahr entsteht dadurch, daß sie einflußreiche Protektoren im Westen, vor allen in den Militärkreisen der Nato haben.

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wünscht sich sicher Frieden, aber der Hitlerismus hat schon einmal gezeigt, was er aus dem deutschen Volk zu machen vermag.

Deshalb ist in der aktuellen Lage, so lange in Westdeutschland friedensgefährdende Kräfte existieren, eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich."

Der drittmächtigste Mann in Polen, Edward OCHAB, gesellte sich wenige Tage später zum Parteichef und dem Ministerpräsidenten.

OCHAB sprach am 23. Januar vor dem Kongreß der Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete. Er verwahrte sich dagegen, daß "manche Kreise" in der Bundesrepublik dieser Gesellschaft das Siegel der "Deutschfeindlichkeit" anheften wollen.

"Das polnische Volk hegt freundliche Gefühle zu anderen Völkern und will mit ihnen in Freundschaft leben. Den besten Beweis dafür liefern unsere Beziehungen zur DDR, unsere Achtung vor der deutschen Kultur. Wir können wohl unterscheiden, zwischen dem deutschen Volke und den Reaktionären und Revanchisten, die glauben, daß es die geschichtliche Mission der Deutschen sei, im Osten zu herrschen."

## 2) Auschwitz

Vor 15 Jahren öffneten sich die Tore des größten Vernichtungslagers, das von den Nazis errichtet wurde - Auschwitz.

Als die letzten SS-Wachen vor den stürmenden Russen den Platz räumten, verblieb im Lager eine Handvoll von 5.000 Häftlingen, die man nicht mehr abtransportieren konnte. Es war ein verschwindend kleiner Rest von den 4 Millionen Menschen, die in dieser größten Todesfabrik zu Tode gequält, vergast und verbrannt wurden.

Der 15. Jahrestag wurde in Polen feierlich begangen. Auf dem Gelände des früheren Lagers organisierte man eine Massenveranstaltung. Zu den Versammelten sprach der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, der ebenfalls zu den wenigen Überlebenden von Auschwitz gehörte.

"Auschwitz ist die Stelle eines schrecklichen Gedenkens. Es gibt keinen zweiten Platz, wo sich auf so kleinem Raum eine so große Tragödie abgespielt hätte. In der ganzen langen Geschichte der Kriege gibt es kein solches Schlachtfeld. Es gab in der langen Geschichte der menschlichen Brutalität, Rücksichtslosigkeit, Inquisition, der Verfolgung des Menschen durch den Menschen, eines Volkes durch ein anderes Volk keine Stelle, wo sich so viele menschliche Leiden angehäuft haben.

Wenn wir also von dieser Stelle, die durch das Blut und den Tod von 4 Millionen Menschen geheiligt ist, unsere Stimme erheben - gewinnen unsere Worte besonderes Gewicht. Wir dürfen nicht schweigen und wir sprechen nicht nur in unserem Namen, sondern auch für diese, die nicht mehr sprechen können."

In seinen weiteren Ausführungen wiederholte der polnische Premier das, was er ein paar Tage vorher in Krakau gesagt hatte.

---